

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ermutigende Fortschritte in den neuen Bundesländern

Jede Chance nutzen, um Beschäftigung in den neuen Bundesländern zu sichern oder neu zu schaffen und auf diese Weise Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten – dazu hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaften aufgefordert, die am 4. Juni zu ihrer siebten Konferenz im Bundeskanzleramt zusammengekommen waren.

Als ermutigend bezeichnete der Bundeskanzler, daß die Treuhandgesellschaft bereits über 1 600 Industrieunternehmen in den neuen Ländern privatisiert, ein Investitionspotential von fast 60 Milliarden Mark erschlossen und damit über 400 000 Arbeitsplätze gesichert habe.

„Das Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost beginnt zu greifen, der Aufschwung gewinnt an Fahrt“ – mit diesem Worten faßte der Staatsminister im

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Generalsekretär Volker Rühle

Der Aufbau der neuen Länder ist die gemeinsame Aufgabe aller Deutschen. Rede in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 6. Juni 1991. Gelber Teil

● Wahlen

Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Blauer Teil

● Dokumentation

Schutz des ungeborenen Kindes. Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung (Teil II). Grüner Teil

Machen

Sie mit:

Solidaritätsbörse

(02 28) 54 42 82 (siehe auch Seite 18/19)

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Psychologische Durststrecke für die CDU

Als „absolut unbefriedigend“ hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahlen bezeichnet. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Hartmut Perschau und Jürgen Echter nach am 3. Juni im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hob der Bundeskanzler aber auch hervor, daß die Hamburger CDU und vor allem ihr Spitzenkandidat Perschau „gut gekämpft“ haben.

Es sei jedoch nicht gelungen, „unsere Wählerschaft zu mobilisieren“, so Helmut Kohl weiter. Dies werde allerdings generell immer schwieriger, wie

die um 13,4 Prozent niedrigere Wahlbeteiligung eindeutig zeige.

Als weiteren Grund für den Wahlausgang sah der Bundeskanzler auch ein gewisses Maß an Verdrossenheit über die „unnötigen Streitereien innerhalb der Koalition“ und bezeichnete das als „eine wichtige Lehre“. Er hoffe, „das begreifen alle drei Parteien in der Koalition“.

Im Hinblick auf die Gesamtsituation in den neuen Bundesländern gebe es „gegenwärtig auch eine psychologische Durststrecke“ für die CDU. So wären in Hamburg die Erfolge der Politik der Bundesregierung den Verantwortlichen vor Ort zugute gekommen und nicht der CDU.

(Fortsetzung von Seite 1)

Kanzleramt, Anton Pfeifer, das Ergebnis der vierstündigen Konferenz zusammen. Als Beleg für die positive Entwicklung nannte Pfeifer den Fortschritt beim Ausbau des Telefonnetzes: Die Zahl der wichtigen Ost-West-Verbindungen werde bis Ende des Jahres auf 30 000 zunehmen, und in diesem Jahr werde auch das Ziel erreicht, rund 500 000 neue Anschlüsse zu schalten.

Ein weiterer Hinweis auf die Verbesserung der Lage: Die deutliche Verkürzung der Planungsfristen im Verkehrsbereich und die durch kommunale Hilfe aus den alten Bundesländern stark entspannte Situation in den Grundbuchämtern.

Für die Wirtschaft berichtete Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie-

und Handelstages (DIHT) über einen Stimmungsumschwung in den neuen Ländern. Ausdrücklich betonte er, daß im Osten weniger gejammert werde, als man im Westen glaube. Die Existenzgründungswelle laufe ungebrochen weiter, und die Zahl der Firmenschließungen sei erstaunlich gering.

Nächstes Treffen im September

In den nächsten Wochen werden, wie der Bundeskanzler ankündigte, Zwischenbilanzkonferenzen stattfinden, so daß bis Ende des Monats ein erster genauer Überblick über die Umsetzung des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost verlegt werden könne. Das nächste Treffen der Konferenz im Bundeskanzleramt haben die Teilnehmer für den 9. September vereinbart.

Hartmut Perschau:

Wir werden der SPD zum Wohle der Stadt das Leben nicht leichtmachen

Das Wahlergebnis ist für die Hamburger CDU eine ganz bittere Pille. Es ist ein herber Verlust, daran kann niemand vorbeireden. Auf der anderen Seite muß man viele Dinge nebeneinander sehen, um die Dimension des Wahlergebnisses auch richtig gewichten zu können.

Wir haben bei der Bundestagswahl vor einem halben Jahr 36,6 Prozent erreicht, wir lagen bei dieser Bürgerschaftswahl 1,5 Prozent unter unserem Bundestagswahlergebnis.

Wir hätten uns ein besseres Wahlergebnis gewünscht, und wir haben dafür sehr massiv gearbeitet und einen sehr intensiven Wahlkampf geführt. Wir haben in diesem Wahlkampf die Themen bestimmt: Wohnungsbau, Mieten, innere Sicherheit, Hafendraße, Drogen, Asyl waren die Themen, die die Hamburger auch am meisten betroffen haben. Dennoch ist es uns nicht gelungen, den Meinungstrend und die Grundstimmungslage, die da ist, bundesweit zu verändern und gegen den Trend ein Ergebnis zu erzielen, das in Richtung des Bundestagswahlergebnisses zielt oder über das Bundestagswahlergebnis hinausgeht.

Dabei hat Herr Voscherau einige Startvorteile gehabt. Der entscheidende Startvorteil war der, daß er ein ungewöhnlich großer Profiteur der erfolgreichen Wirtschaftspolitik, Deutschlandpolitik und Europapolitik der Union im Bund geworden ist. Wir hatten noch vor vier Jahren nur 27 Prozent der Wähler, die die Wirtschaftslage in Hamburg positiv einge-

schätzt haben. In diesem Jahr waren es 75 Prozent.

Die Ursachen für den wirtschaftlichen Boom in Hamburg, der objektiv da ist, ergeben sich im Grunde aus drei Faktoren:

- aus der langjährigen wirtschaftlichen Stabilitätspolitik,
- aus langjährigen Wachstumsraten einer stabilen Konjunktur, an die Hamburg sich spät, aber dann doch auch sehr sichtbar angeschlossen hat, insbesondere in den letzten zwei Jahren,
- aus der deutschen Einheit, die Hamburg sehr viel mehr als anderen deutschen Großstädten sein Hinterland wiedergegeben hat, die die Elbe wieder zu einem europäischen Fluß gemacht hat.

Wir haben alleine durch die deutsche Einheit in den letzten anderthalb Jahren mit all dem, was damit zusammenhängt, 1,4 Milliarden DM Steuern Mehreinnahmen und insofern natürlich auch völlig neue Perspektiven gehabt. Diese deutsche Einheit ist ja nicht so sehr von den Sozialdemokraten und insbesondere auch nicht von den Hamburger Sozialdemokraten durchgesetzt und gestaltet worden, sondern das sind doch wohl andere Kräfte gewesen. Die entscheidende Kraft war die Bundesregierung mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze.

Zum zweiten ist für Hamburg besonders profitabel, daß der nahe Binnenmarkt und die Vollendung des Binnenmarktes zu einem großen Respekt der Nachbarländer geführt hat, die alle drängen, einen Fuß in die Tür des Binnenmarktes zu

bekommen. Deshalb drücken seit anderthalb bis zwei Jahren die skandinavischen Länder, die ostasiatischen Länder sehr schnell in die Hafenmetropolen des Binnenmarktes. Davon profitieren Rotterdam, Antwerpen, aber auch Hamburg.

Die Lage des Hamburger Hafens hat sich durch die geopolitischen Veränderungen total verändert. Vor vier Jahren war der Hafen in einer ganz, ganz schwierigen Misere. Heute boomt er, weil er inzwischen der nördlichste und östlichste Universalhafen Europas ist. Und da die Seewege billiger sind, ist er der begünstigste Hafen für den gesamten Nord- und Ostverkehr geworden.

Niedrige Wahlbeteiligung

Herr Voscherau hat von dieser Situation profitiert, weil die Menschen empfinden, daß es ihnen gut geht, und sie nicht so sehr nach dem Verursacher fragen, sondern einfach für eine erfreuliche Situation, in der sie leben, den Regierenden honorieren.

Wir haben eine sehr niedrige Wahlbeteiligung gehabt, eine Wahlbeteiligung, die bei 66,1 Prozent lag, also um 13,4 Prozent niedriger war als die Wahlbeteiligung vor vier Jahren. Dieses macht deutlich, daß es eine große Wählerunlust gegeben hat, daß es eine Wahlmüdigkeit gegeben hat, die viele Gründe hat.

Sicherlich ist nach den großen bedeutenden historischen Ereignissen wie der deutschen Einheit, auch nach dem Golfkrieg, nach der Vielzahl der Wahlen, die auch in den neuen Ländern stattgefunden haben, eine gewisse Wahlmüdigkeit da. Daneben sind wir inzwischen 16 Länder, und damit verliert die Einzelwahl in einem Bundesland natürlich etwas an Attraktivität.

Aber es ist nicht zu verkennen, daß es auch eine flauere Gesamtstimmung gibt, die mit den Schwierigkeiten ganz einfach zusammenhängt, die der Strukturwandel in den neuen Ländern mit sich bringt, was wir alle wissen und was uns auch noch eine Weile begleiten wird. Ich glaube, daß dieses die niedrige Wahlbeteiligung weitgehend erklärt.

Ein bedeutender Punkt des Wahlergebnisses ist das Abschneiden der FDP. Die FDP hat ein sehr schlechtes Wahlergebnis. Wenn Sie sich die Wählerströme ansehen, ist bei Wanderungen, die wir zu den Nichtwählern und auch zur SPD haben hinnehmen müssen, eine Wählerwanderung von der FDP zur CDU erkennbar.

Jeder dritte Wähler der FDP von 1987 hat diesmal CDU gewählt, und dieses macht sehr deutlich, daß die Koalitionsentscheidung der FDP zugunsten der SPD vor dieser Wahl vom Wähler nicht honoriert worden ist.

Die Chancen, die die Stadt hat, sind ungewöhnlich groß. Es wird sich zeigen, ob die Sozialdemokraten mit ihrer absoluten Mehrheit etwas damit anfangen können, ob sie die Chancen der Stadt nutzen können oder ob sie die Chancen vertun.

Kämpferische Opposition

Wir werden unsererseits als engagierte Opposition und mit aller Kraft und Klarheit darüber zu wachen haben, daß die Chancen, die unsere Stadt durch die Veränderung der deutschen Einheit, durch den nahen europäischen Binnenmarkt hat, auch genutzt werden. Wir werden eine klare, kompetente, harte und kämpferische Opposition sein. Wir werden den Sozialdemokraten zum Wohle unserer Stadt das Leben weiß Gott nicht leichtmachen.

Jürgen Echternach:

Wir werden alles tun, um diese Scharke wieder auszuwetzen

Für uns ist natürlich das Wahlergebnis ein Rückschlag. Hartmut Perschau hat es gesagt. Wir lagen bisher unter den 15 Großstädten in Deutschland mit mehr als einer halben Million Einwohnern an der Spitze. Wir sind deutlich zurückgefallen. Wir werden alles tun, um diese Scharke wieder auszuwetzen.

Entscheidend ist die niedrige Wahlbeteiligung gewesen, die vor allem die CDU getroffen hat, aber auch die anderen Parteien. Es fällt ja auf, daß auch die Parteien, die prozentual gewonnen haben, in absoluten Zahlen verloren haben. Wir haben in absoluten Zahlen 110.000 Wähler weniger, aber auch die SPD hat 50.000 Wähler weniger als bei der vorangegangenen Bürgerschaftswahl. Das gilt für die FDP genauso wie für die Grünen.

Diese Wahlbeteiligung ist deswegen vor allem so erschreckend niedrig, weil die Wähler, wie wir aus den Umfragen ja gestern abend noch einmal gezeigt bekommen haben, schon vor Beginn des Wahlkampfes die Wahl für gelaufen gehalten haben. Dazu hat sicher die Aussage der FDP zu Beginn des Jahres beigetragen, mit der SPD die Koalition fortzusetzen.

Es gab in Hamburg keine Wechselstimmung. Es gab in Hamburg eine ungewöhnliche Zufriedenheit mit der Gesamtsituation, die deutlich wird an der völlig veränderten Einschätzung der Wirtschaftslage.

War es noch vor vier Jahren so, daß in Hamburg 25 Prozent die Wirtschaftslage

für gut hielten und 72 Prozent für weniger gut, so hatte sich dieses Verhältnis in diesem Jahr völlig umgedreht: 70 Prozent hielten die Wirtschaftslage in Hamburg für gut und 28 Prozent für weniger gut. Man sprach in Hamburg ganz offen von der „Boom-town“, von der Boom-town insbesondere deswegen, weil Hamburg plötzlich sein Hinterland wiederhatte, weil Hamburg eben durch die deutsche Einheit in besonderer Weise wirtschaftlich florierete.

Dies ist der amtierenden Regierung in Hamburg gutgeschrieben worden. Dies gab eine Stimmung, in der wir einfach nicht durchkamen, obwohl wir die wichtigsten Probleme, die es immer noch in der Stadt gab, angesprochen und auch sehr stark thematisiert hatten. Gegen diese Stimmung der Zufriedenheit aufgrund struktureller Verbesserung in Hamburg war eben nicht anzukommen.

Wir haben deswegen von den 110.000 Stimmen, wie die Wählerstromanalyse zeigt, gut 80.000 in die Wahlenthaltung verloren.

Wir haben aber auch an einer bestimmten Ecke Stimmen gewonnen, wir haben Stimmen gewonnen von der FDP, das zeigt sich, wenn man sich die Stadtteile im einzelnen ansieht.

Das heißt also: Wir haben dort eine gewisse Erholung gehabt gegenüber dem sehr starken Abwandern in die Wahlenthaltung, aber auch gegenüber einem gewissen Wechsel, der zu unseren Lasten zugunsten der SPD stattgefunden hat. ■

Generalsekretär Volker Rühle: Die CDU zeigt ein klares Profil

Auf einer Pressekonferenz am 1. Juni im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Volker Rühle über die Klausurtagung des Bundesvorstands berichtet, die in Windhagen bei Bad Honnef am selben Tag zu Ende gegangen war.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage: Wie können wir möglichst zügig und erfolgreich den Prozeß der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands fördern? Wir haben uns auf den „Kleinen Parteitag“ am 10. Juni in Weimar und den Bundesparteitag vom 15. bis 17. Dezember in Dresden vorbereitet, der sich ganz der Lage in den neuen Bundesländern widmen soll.

Wir haben damit bewußt ein Kontrastprogramm zu den Sozialdemokraten gesetzt, die sich fast in alter „Wessi“-Manier in einer „Wessi“-Stadt im wesentlichen um sich selbst gekümmert haben und Fragestellungen nachgegangen sind, die von vielen Delegierten aus den neuen Bundesländern eigentlich nur schwer nachvollzogen werden können.

Die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands — dies ist die entscheidende politische Aufgabe, und zwar innenpolitisch wie außenpolitisch; denn auch außenpolitisch würde unsere Handlungsfähigkeit stark beeinträchtigt werden, wenn wir diesen Vorgang, der ohne Beispiel ist, nicht schnell, zügig und erfolgreich durchführen könnten. Deswegen Schwerpunkt der Beratung auf diesem Thema.

Das zweite entscheidende Thema aus unserer Sicht ist die Rolle des wiederver-

einigten Deutschlands in der Welt. Wir haben dazu gestern einen Beschluß gefaßt, der sehr eindeutig ist und — wie ich glaube — die politische Diskussion bestimmen wird. (Siehe „Bundeswehr als Streitmacht für den Frieden.“)

Ich darf zu den Beratungen insgesamt sagen, daß es eine sehr vertiefte, erfreuliche und anregende Diskussion gegeben hat. Es hat sich aber auch große Einigkeit gezeigt. Die Diskussion hat in sehr freundschaftlicher Atmosphäre stattgefunden, und der Bundesvorstand hat eine Partei gezeigt, die selbstbewußt ist und die vor allem auch stolz ist auf ihre historische Leistung des vergangenen Jahres.

„Schutz des ungeborenen Kindes“ und „Absicherung des Pflegerisikos“ — Festlegungen zu diesen beiden wichtigen Themen noch in diesem Jahr.

Wir haben Fehler gemacht, das weiß jeder, aber entscheidende Fehler haben wir vermieden, indem wir die einmalige historische Chance des letzten Jahres ergriffen und die deutsche Einheit unter der Führung der Union hergestellt haben.

Wir haben uns gestern Abend auch mit dem Beschluß des SPD-Bundesparteitages zur Frage der Hauptstadtentscheidung auseinandergesetzt. Es gibt dazu einen einstimmigen Beschluß des Bundesvorstands der CDU, der sich gegen Verfassungsänderung und damit auch gegen einen Volksentscheid in dieser

Frage wendet. Volksentscheid — das würde bedeuten, daß über Monate hinweg weiter diskutiert wird, viele Kräfte vergeudet werden und daß es zu einer schlimmen Emotionalisierung käme. Im übrigen würde durch eine Verfassungsänderung das Tor insgesamt für plebiszitäre Elemente in der Verfassung aufgestoßen. Deswegen hier ein klares Nein.

Wir stehen zum Termin des 20. Juni. Wir glauben, daß jetzt entschieden werden

Nein zum Volksentscheid

muß, damit Klarheit herrscht für Investitionen, und im übrigen gibt es bei aller Bedeutung dieser Frage wichtigere politische Themen, um die wir uns kümmern müssen.

Die SPD hat mit ihrer Einstimmenmehrheit-Entscheidung gezeigt, wie man es nicht machen darf. Das darf nicht das Ergebnis der Bundestagsentscheidung sein, daß mit einer so knappen Mehrheit die eine oder die andere Stadt gewählt

wird. Deswegen ist eine Konsequenz aus Bremen auch, daß wir die Sozialdemokraten auffordern, sich ernsthaft um ein Konsensmodell zu bemühen, um wegzukommen von der Alles-oder-nichts-Situation.

Also: Ein Konsensmodell erarbeiten und im übrigen festhalten an dem Termin, damit es nicht zu einer weiteren Emotionalisierung kommt. Wir brauchen Klarheit in dieser Frage.

Wir haben uns heute morgen ganz konkret mit einem Zwischenstand der Diskussionen in den Arbeitsgruppen „Zum Schutz des ungeborenen Kindes“ und „Absicherung des Pflegerisikos“ beschäftigt. In beiden Bereichen hat es wesentliche Annäherungen gegeben, und ich habe

Positionen festlegen

die Hoffnung, daß wir, was den Schutz des ungeborenen Kindes angeht, noch vor dem Sommer hier die Position der CDU festlegen und entscheiden können. ►

Bundeswehr als Streitmacht für den Frieden

Der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat auf seiner Klausurtagung in Windhagen am 31. Mai 1991 beschlossen:

Mit der Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit und der Wiedererlangung seiner vollen Souveränität ist Deutschlands weltpolitische Verantwortung größer geworden. Dieser Verantwortung muß Deutschland auch durch angemessene Mitwirkung an Maßnahmen zur Erhaltung oder zur Wiederherstellung des Friedens in der Welt gerecht werden.

Die Christlich Demokratische Union hält es als Ausdruck unserer Verantwortung für unverzichtbar, daß sich Einheiten der Bundeswehr in Zukunft auch an Einsätzen zur Friedenssicherung und zur Wiederherstellung des Friedens im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder im Rahmen einer europäischen Streitmacht beteiligen können.

Die CDU tritt dafür ein, hierfür sobald als möglich die Voraussetzungen zu schaffen.

Was die Absicherung des Pflegerisikos angeht, gibt es in wichtigen Punkten Übereinstimmung, nicht in allen, aber es hat eine sehr gute Diskussion heute gegeben. Wir haben festgelegt, auf der ersten Sitzung des Bundesvorstands nach der Sommerpause am 30. August dieses Thema wiederaufzunehmen und im September die politische Entscheidung herbeizuführen. Danach sprechen wir mit der CSU.

Sie wissen, daß es am 4. und 5. Oktober in Banz die nächste Klausurtagung zwischen CDU und CSU geben wird. Bei der Gelegenheit werden wir eine gemeinsame Position erarbeiten und anschließend in der Koalition darüber sprechen.

Gesamteindruck von dieser Klausurtagung: Offene Diskussion, kein Streit. Es gibt ein klares Profil der Partei in den entscheidenden deutschlandpolitischen Fragen, die ich angesprochen habe, klares Profil auch in allen außen- und weltpolitischen Fragen und — ganz wichtig — Annäherung durch eine mehrstündige Diskussion in beiden Fragebereichen.

Kleinster Nenner

Zum Beschluß des SPD-Parteitages bezüglich eines Einsatzes der Bundeswehr auch außerhalb der NATO erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Bereits das Abstimmungsergebnis des SPD-Parteitages zu Blauhelm-Einsätzen der Bundeswehr macht deutlich, daß der neue Hoffnungsträger Engholm nur knapp an seiner ersten Niederlage vorbeigeschrammt ist.

Die SPD war lediglich in der Lage, sich in dieser Frage auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu verständigen. Dieser Beschluß, der nur nach massiven Beschwörungsformeln des Vorstands zustande gekommen ist, stellt deutlich klar: Die SPD ist nicht regierungsfähig. Ihr „Ja“ zu Blauhelm-Einsätzen ist ein klares „Nein“ zu der gewachsenen nationalen und internationalen Verantwortung Deutschlands.

Mitteldeutscher Rundfunk – Bereicherung der ARD

Mit der Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden erste Teile des alten DDR-Staatsrundfunks endgültig in eine neue föderale Struktur überführt.

Damit wird der Grundstein für eine demokratische und pluralistische Rundfunkordnung auch in den neuen Bundesländern gelegt.

Der Mitteldeutsche Rundfunk wird

eine lebens- und leistungsfähige Mehrländeranstalt sein, die zu einer erheblichen Bereicherung des Gemeinschaftsprogrammes der ARD beitragen wird.

Joseph-Theodor Blank, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Um so dringlicher wird nun eine Entscheidung in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin über eine gemeinsame Rundfunkstruktur. Spätestens bis zum Sommer sollten die notwendigen Beschlüsse getroffen werden.

SPD nun plötzlich für die Erhaltung der Standorte

Man reibt sich die Augen: Die SPD-geführten Kommunen und Städte, die sich in den letzten Jahren entschieden gegen die militärischen Einrichtungen auf ihrem Gebiet ausgesprochen haben, schreiben nun Brandbriefe an die Bundesregierung.

Noch im Zuge der militärischen Befreiung Kuwaits brachte die SPD Hunderttausende auf die Straßen, die gegen jegliche Form von Militär demonstrierten. Jetzt protestieren sie gegen die Schließung der militärischen Einrichtungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.

Von unglaublicher Dreistigkeit ist es, wenn SPD-Landespolitiker, wie beispielsweise der niedersächsische Innenminister Glogowski, beim Bundesverteidigungsminister nun plötzlich für die Erhaltung von Standorten eintreten.

Friedrich Bohl, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen, fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die SPD in Bund, Ländern und Kommunen auf, von ihrer schlimmen Abrüstungslüge abzulassen.

Engholm – nur Moderator der SPD

Zur Wahl des neuen SPD-Parteivorsitzenden Björn Engholm erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Der neue SPD-Vorsitzende Engholm hat mit seiner Rede bestätigt, daß er den hohen Erwartungen nicht gerecht wird. Statt die Partei zu führen, beschränkt er sich darauf zu moderieren.

Seine Aussagen lassen lediglich den krampfhaften Versuch erkennen, die zerstrittenen Flügel der SPD um jeden Preis zusammenzubinden. Ihnen fehlt jedoch jeglicher programmatischer Ansatz, der den Sozialdemokraten eine klare Orientierung geben könnte. Nicht zuletzt die in Teilen verhaltene Reaktion der Delegierten in Bremen zeigt, daß ihr neuer Hoffnungsträger nicht nur den Beweis für die Regierungsfähigkeit der SPD schuldig geblieben ist, sondern sich auch um die Pflicht, eindeutig politisch Stellung zu beziehen, einmal mehr herumgedrückt hat.

Insbesondere zu den Fragen der inneren Einheit Deutschlands ist Engholm jede Antwort schuldig geblieben. Indem er die Sinnkrise des demokratischen Sozialismus bewußt leugnet und lediglich ein völlig überzeichnetes Bild der Situation in den neuen Bundesländern liefert, beschränkt er sich auch weiterhin darauf, zu emotionalisieren und zu polarisieren. Parteitaktik wird in der SPD also auch künftig über die Gesamtverantwortung für unser Land gestellt.

Zu den Fragen der inneren Einheit Deutschlands ist Engholm jede Antwort schuldig geblieben.

Sein flammendes Bekenntnis zu Europa erweist sich in gleicher Weise als hohle Phrase, als er sich zu der gewachsenen Verantwortung der Deutschen in der Welt nicht bekennt, sondern sich statt dessen bei der Entscheidung um künftige Einsätze der Bundeswehr außerhalb der NATO auf die „Ohne-uns-Mentalität“ zurückzieht. ■

Investitionsprogramm bei Kommunen in den neuen Ländern großer Erfolg

Nach einer Kommunalkonferenz der Bundesregierung mit führenden Vertretern des Städte- und Gemeindetages der neuen Bundesländer in Berlin unter Leitung von Oberbürgermeister Kleinschmidt aus Cottbus erklärt Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

● Das Fünf-Milliarden-Mark-Programm der Bundesregierung für kommunale Investitionen ist in den neuen Ländern inzwischen ein großer Erfolg. Die meisten Aufträge sind vergeben oder stehen kurz vor der Vergabe. Dies ergab sich u.a. aus Berichten der Stadtkämmerer von Dresden, Cottbus und Schwerin. Schwerpunkte der Investitionen sind z. B. Renovierungsarbeiten an Schulen und sozialen Einrichtungen und Neubau von Heilungsanlagen.

● Auch die anderen Investitionsförderungsmaßnahmen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“ wurden von den Kommunalvertretern nachhaltig begrüßt.

Hier werden weitere Erleichterungen beim Antrags- und Bewilligungsverfahren gefordert. Die zuständigen Bundesressorts haben den neuen Ländern und ihren Gemeinden vielfältige Verwaltungshilfen zugesagt und zum Teil schon umgesetzt, z. B. im Umweltbereich. Das umfangreiche Investitionsprogramm des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“ soll auf jeden Fall mit viel intensiver Aktivität und pragmatischer Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in die Tat umgesetzt werden.

● Die nächste Kommunalkonferenz der Bundesregierung in den neuen Ländern findet am 29. Mai 1991 für das Bundesland Berlin zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen im Roten Rathaus in Berlin statt. Dabei werden zwischen Berliner Senat, Bezirksbürgermeistern und der Bundesregierung die Aufbaumaßnahmen im Ostteil der Stadt Berlin, insbesondere die Förderungsprogramme der Bundesregierung für Wohnungsbau und Städtebau, beraten.

Zahl der Aussiedler rückläufig

Die Zahl der Aussiedler war in den ersten fünf Monaten dieses Jahres deutlich rückläufig.

Das Bundesinnenministerium teilte mit, zwischen dem 1. Januar und 28. Mai seien 86.209 Personen aus den verschiedensten Ländern Osteuropas nach Deutschland übersiedelt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres kamen 171.239 Menschen in die Bundesrepublik.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, erklärte dazu, die Regierung habe 1990 und 1991 rund 200 Millionen Mark als Hilfsmaßnahmen für jene Menschen bereitgestellt, die in ihrer alten Heimat bleiben wollten. Alle Deutschen, die in osteuropäischen Ländern beheimat sind, sollen jedoch frei entscheiden können, ob sie nach Deutschland kommen wollen.

Erfolge mit dem Sonderprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Die „Aktion Beschäftigungshilfe für Langzeitarbeitslose“ mit Lohnkostenzuschüssen von bis zu 80 Prozent zeigt große Erfolge. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Horst Günther, mitteilte, konnten bis Ende April 1991 mehr als 62.000 Förderanträge verzeichnet werden, von denen bereits annähernd 57.000 bewilligt wurden.

Das ursprünglich erst für Ende 1991 anvisierte Ziel von 60.000 bis 70.000 Förderungen sei damit bereits „nahezu erreicht“, betonte Günther. Das Sonderprogramm habe erheblich zum deutlichen Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslo-

Um 650 Mio. aufgestockt

sen beigetragen. Für 1991 werde angestrebt, 35.000 weitere Neueintritte von Langzeitarbeitslosen in die Förderung zu erreichen. Günther wies darauf hin, daß das im Juli 1989 aufgelegte und ursprünglich bis Ende 1991 befristete Sonderprogramm des Bundesarbeitsministeriums um 650 Millionen Mark aufgestockt und bis Ende 1993 verlängert wird.

Das Gesamtvolumen des Programms steige damit auf 2,16 Milliarden Mark. Die eine Hälfte der bislang geförderten Langzeitarbeitslosen war zwischen 1 bis 2 Jahre bzw. 2 Jahre und länger arbeitslos, die andere Hälfte 2 Jahre und länger. Der Anteil der Frauen unter den Geförderten stieg seit Inkrafttreten des Programms von 24,3 auf mittlerweile 32,6 Prozent.

Bis zum 31. Dezember 1994 verlängert sowie mit einem zusätzlichen Mittelvolumen von 240 Millionen Mark auf insgesamt 490 Millionen Mark aufgestockt

wurde auch das Sonderprogramm „Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose“. Sie können mit Lohnkostenzuschüssen allein nicht in eine Beschäftigung vermittelt werden. Von Juli 1989 bis Ende Februar 1991 konnten hier 346 Anträge von karitativen und öffentlichen Einrichtungen und Verbänden für rund 14 100 Teilnehmer bewilligt werden.

Zu den Maßnahmen zählen Beschäftigungshilfen, Qualifizierungen und soziale Betreuung. Die im Einzelfall mögliche Förderungsdauer der Maßnahmen soll von 2 auf 5 Jahre verlängert werden. In diesem Jahr können etwa 250 neue Maßnahmen mit etwa 10.000 bis 12.000 neuen Teilnehmern bewilligt werden. Wie Günther erklärte, wird die Bundesanstalt für Arbeit das Programm in Kürze auf die neuen Bundesländer erstrecken, in denen sie in 10 ausgewählten Arbeitsamtsbezirken entsprechende Modellmaßnahmen fördert, von denen eine wichtige Signalfunktion erwartet werde.

Ermutigendes Signal

Die Europäische Gemeinschaft hat ein weiteres Zeichen ihres Bemühens um eine rasche Integration der neuen Länder gesetzt. Peter Kittelmann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europa: Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die Entscheidung der EG-Außenminister, Ostdeutschland weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Nach den bisher bis 1993 zugesprochenen sechs Milliarden Mark wird damit erneut ein ermutigendes Signal zum Aufbau der Marktwirtschaft gegeben.

90 Milliarden Mark einigungsbedingte Ausgaben

Der erste gesamtdeutsche Bundeshaushalt steht ganz im Zeichen der Wiedervereinigung Deutschlands. Nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß beläuft sich das Ausgabevolumen auf 410,3 Milliarden Mark. Dieses Ergebnis ist die Basis der weiteren Beratungen.

Von dem Gesamtvolumen des Bundeshaushalts sind mehr als 90 Milliarden Mark einigungsbedingte Ausgaben. Mit dem Bundeshaushalt 1991 wird das richtige Signal für die wichtigste innenpolitische Aufgabe — die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland — gesetzt. Der Haushalt ist geprägt von außerordentlichen Anstrengungen zur Überwindung der Hinterlassenschaften von über 40jähriger sozialistischer Mißwirtschaft. Sowohl auf der Ausgabe- als auch auf der Einnahmeseite schlägt sich das breite Bündel von Maßnahmen zur schnellen Modernisierung und Sanierung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern nieder.

Im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir die Mittel aus dem Programm „Aufschwung Ost“ in Höhe von 12 Milliarden Mark für 1991 (ebenfalls 12 Milliarden Mark werden es 1992 sein) in den Haushalt eingearbeitet. Dies ist der entscheidende Grund dafür, daß das Ausgabevolumen von knapp 400 Milliarden Mark im Regierungsentwurf auf nunmehr 410 Milliarden Mark gestiegen ist. Im Rahmen des Programms „Aufschwung Ost“ sind fünf Milliarden Mark Investitionspauschalen an die Kommunen in

den neuen Bundesländern, 2,5 Milliarden Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, 1,4 Milliarden Mark für Verkehrsinvestitionen und 1,1 Milliarden Mark für Wohnungsbau und Wohnungsmodernisierung eingesetzt worden. Finanzielle Mittel für die neuen Bundesländer und Kommunen sind genügend vorhanden, und viele Ansätze sind eher großzügig bemessen. Es kommt nunmehr darauf an, daß dort die schnelle Umsetzung in Aufträge, Produktion, Arbeitsplätze und damit Einkommen erfolgt. Wir haben die Bundesregierung angesichts der großen Unsicherheiten im Bereich

Jochen Borchert, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Klaus Rose, stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, stellen den ersten Bundeshaushalt des wiedervereinigten Deutschland vor.

des Mittelabflusses aufgefordert, dem Haushaltsausschuß in regelmäßigen Abständen über die Umsetzung des Programms zu berichten.

Der Verteidigungshaushalt 1991 war bereits durch große Kürzungen in Höhe von siebeneinhalb Milliarden Mark im Regierungsentwurf gekennzeichnet. Denn trotz der Zusammenführung der

Bundeswehr und der früheren NVA zu einer Armee liegt das Ausgabevolumen mit 52,5 Milliarden Mark nicht höher als der Ansatz im zurückgezogenen Entwurf 1991 vom Juni 1990, der sich nur auf die frühere Bundeswehr bezog. Dieser Etatansatz ist knapp kalkuliert, und im Rahmen der Finanzplanung wird der Verteidigungsbereich entsprechend den abrüstungs- und sicherheitspolitischen Erfordernissen weiter auf rund 48 Milliarden Mark 1994 verringert.

Aufbau in den neuen Ländern

Im ursprünglich vorgesehenen Finanzrahmen konnten die gewaltigen und nicht vorhersehbaren zusätzlichen Belastungen des Bundes im internationalen Bereich (Golfkrieg und Hilfen für Mittel-, Ost- und Südosteuropa), die sich auf über 18 Milliarden Mark für 1991 belaufen, nicht aufgefangen werden. Ohne Steuererhöhungen hätten diese zusätzlichen Anforderungen zu nicht vertretbaren Einschränkungen im Beitrittsland geführt. Mit einer Kreditaufnahme (netto) von 66,4 Milliarden Mark ist der Bund an die Grenzen des Vertretbaren gegangen. Eine noch stärkere Erhöhung der Nettokreditaufnahme hätte negative kapitalmarkt-, zins-, stabilitäts-, konjunktur- und wachstumspolitische Effekte gehabt.

Für einen zügigen wirtschaftlichen Neubeginn in den neuen Bundesländern ist der Aufbau einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung unverzichtbar. Im Bundeshaushalt ist ein Maßnahmenbündel (zum Beispiel Personalzuschüsse bei Entsendung von Richtern, Staatsanwälten, Rechtspflegern, Urkundsbeamten in das Beitrittsgebiet, Verbesserungen bei der Aufwandsentschädigung, bei Familienheimfahrten, Reisekosten, Trennungsgeld) enthalten, um Anreize dafür zu

schaffen, daß qualifiziertes und motiviertes Personal in die neuen Bundesländer geht.

Die stark expansiv orientierte Finanzpolitik 1991 bedeutet nach Überzeugung der Koalitionsfraktionen keine Abkehr von der seit 1982 erfolgreich praktizierten soliden Finanzpolitik. Von 1982 bis 1989 stiegen die Ausgaben des Bundes um durchschnittlich jährlich 2,5 Prozent, dies war nur halb soviel wie der durchschnittliche jährliche Anstieg des Bruttosozialproduktes. Der Anteil der Nettokreditaufnahme des Bundes am Bruttosozialprodukt, der 1975 bei fast drei Prozent gelegen hatte, konnte bis 1989 auf 0,8 Prozent reduziert werden. Ebenfalls als Anteil am Bruttosozialprodukt gemessen, erreicht die Nettokreditaufnahme des Bundes 1991 rund zweieinhalb Prozent; dies ist trotz der geschichtlich einmaligen Aufgabe der Bewältigung der deutschen Einheit und der zusätzlichen internationalen Belastungen weniger als das, was die SPD-geführte Bundesregierung früher realisiert hatte.

Möglichkeiten nicht unbegrenzt

Die Koalitionsfraktionen bekräftigen ihre Auffassung, daß die hohe Kreditfinanzierung 1991 nur vorübergehender Natur sein darf. Die finanziellen Möglichkeiten des Bundes sind nicht unbegrenzt. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, alten und neuen Bundesländern sowie allen Kommunen. Eine konsequente Ausgabenpolitik, bei der die Zuwächse deutlich hinter der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung zurückbleibt, ist unabdingbare Voraussetzung der gesamtdeutschen wachstums- und stabilitätspolitisch orientierten Haushaltspolitik. ■

Aktionsprogramm „Sommer der Begegnung 1991“

Eine Chance für über 85.000 Kinder und Jugendliche, die neue deutsche Situation persönlich mit Gleichaltrigen zu erleben, einander besser kennenzulernen und auch gegenseitige Vorurteile abzubauen, hat Angela Merkel, Bundesjugendministerin, das Aktionsprogramm „Sommer der Begegnung 1991“ genannt, für das Bundeskanzler Helmut Kohl die Schirmherrschaft übernimmt.

Mit 20 Millionen Mark werden vom Bundesjugendministerium im Sommer 1991 ca. 1.100 Veranstaltungen gefördert, die etwa 85.000 Kindern und Jugendlichen aus den neuen und alten Bundesländern die Möglichkeit für eine Begegnung bieten. Dieses Geld hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages jetzt für Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Sommer der Begegnung 1991“ bereitgestellt.

Was gefördert wird

Gefördert werden örtliche Begegnungsmaßnahmen, um z. B. Jugendräume oder Spielplätze zu schaffen, sich gemeinsam mit Fragen der Ökologie und der politischen Kultur auseinanderzusetzen oder zusammen Theater, Tanz, Musik und Video zu machen. Ein Schwerpunkt des Aktionsprogramms sind Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus stark umweltbelasteten Gebieten der neuen Bundesländer und Erholungsmaßnahmen zugunsten Kinder arbeitsloser Eltern.

Bundesjugendministerin Angela Merkel: Nach dem Wegfall der zentralen Kinder- und Jugendmaßnahmen im Gebiet der ehemaligen DDR können junge Menschen in diesem Sommer einen kind- bzw. jugendgerechten Urlaub erleben. Dies wird für manche, je nach Alter, ein erster Schritt sein, sich in einer offenen, freiheitlich organisierten Gesellschaft zurechtzufinden. Für Teilnehmer aus Westdeutschland ist es gewiß in vielen Fällen der erste tiefere Kontakt mit Gleichaltrigen aus den neuen Bundesländern.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Schirmherrschaft über den „Sommer der Begegnung 1991“ übernommen.

Die zahlreichen Einzelprojekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Sommer der Begegnung 1991“ werden von Jugendgruppen, Jugendorganisationen und Jugendämtern sowie von Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und Initiativgruppen durchgeführt.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat zusätzlich 10 Millionen Mark bereitgestellt, um Kindern und Jugendlichen aus den vom Reaktorunglück in Tschernobyl betroffenen Regionen eine Ferienerholung in Deutschland zu ermöglichen. Bundesministerin Angela Merkel: Ich freue mich, daß das Bundesministerium für Frauen und Jugend damit das private Engagement vieler Organisationen und Familien für diese

Kinder unterstützen kann. Etwa 9.000 Kinder und Jugendliche, überwiegend aus Weißrußland und der Ukraine werden auf diese Weise 1991 zu drei- bis vierwöchigen Ferienerholungsmaßnahmen in die neuen und alten Bundesländer kommen können.

JU mischt kräftig mit

Offensiv beteiligt sich die Junge Union Deutschlands (JU) am Programm „Sommer der Begegnung“. Von Mai bis August bietet die JU unter anderem Veranstaltungen zu den Themen „Arbeit und Ausbildung“, „Internationale Jugendarbeit“, „Dritte-Welt-Konflikt“ und „Kulturarbeit“ in Bonn, Dresden und Berlin sowie verschiedene Aktionen an. Die JU will mit ihren Veranstaltungen weit mehr als 1.000 Jugendliche in den alten und neuen Bundesländern direkt erreichen können.

Als erster Vorsitzender einer Jugendorganisation hat JU-Bundesvorsitzender Hermann Gröhe gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjugendministerium Peter Hintze ein entsprechendes Informationsplakat der Jungen Union Deutschlands in Bonn der Presse vorgestellt.

Dieses Plakat kann in der

● **JU-Bundesgeschäftsstelle**

Annabergerstraße 283,

5300 Bonn 2

angefordert werden.

„Nicht nur Blauhemden“

„Nicht nur Blauhemden“ ist der Titel des Deutschland-Reports Nr. 13, herausgegeben vom Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, der die Situation der Jugendlichen in der ehemaligen DDR beschreibt.

Die Autorin des Bandes, Barbara Hille, stellvertretende Leiterin und Geschäftsführerin der Forschungsstelle für Jugendfragen in Hannover, geht der Frage nach, wie die Mehrheit der Jugendlichen in der früheren DDR mehr als vier Jahrzehnte pädagogische und politische Beeinflussung durch das System verarbeitet hat und wie sie vor diesem Hintergrund auf die künftigen Aufgaben im Vereinigungsprozeß vorbereitet ist. Die Analyse geht auf die für die Mehrheit der Jugendlichen zentralen Lebensbereiche Schule, Beruf, Familie, Freundeskreis, Freizeit ein.

Ein Ergebnis der Analyse ist, daß die meisten Probleme von Jugendlichen, die in der Phase des Umbruchs und Überganges offen zu Tage traten, bereits vor dem Zusammenbruch in der DDR existierten, jedoch vom SED-Regime mit einem Tabu belegt waren.

Deutschland-Report Nr. 13 ist bei der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung erhältlich.

Frischlufte e. V.

Der christlich demokratische Jugend- und Familienverband hat in der vergangenen Woche in Bonn, Annaberger Straße 283, seine Bundesgeschäftsstelle eröffnet. Gastredner war Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär im Jugendministerium. Informationen über Frischlufte beim Leiter der Geschäftsstelle, Holger Doetsch (Telefon: (02 28) 31 00 23)

Ottfried Hennig:

Mit Mut zum Handeln die Zukunft für unsere Heimat gestalten

Ganz im Zeichen der Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl im Frühjahr nächsten Jahres stand der Landesparteitag der schleswig-holsteinischen CDU am 1. Juni in Meldorf. Landesvorsitzender Ottfried Hennig kann mit dem Ergebnis der Abstimmungen äußerst zufrieden sein: Der Vorschlag des Landesvorstands für die Landesliste mit 58 Kandidaten ist vom Parteitag mit großer Mehrheit bestätigt worden.

Ottfried Hennig und der Landesvorstand haben damit ein Beispiel für solide Partearbeit gegeben, gute Kenntnis der Partei bewiesen und — ganz wichtig — es offenbar verstanden, die berechtigten Anteile aller Kräfte überzeugend auszubalancieren. Darum kann die Passage der Rede, mit der der Landesvorsitzende die Kandidaturen der 45 Wahlkreise beschrieb, sinngemäß auch für die Landesliste gelten.

Hervorragende Mannschaft

Ottfried Hennig: „Wir fordern Engholm mit einer hervorragenden Mannschaft. Unser Team ist ein Zeichen unserer neuen Kraft und Stärke — ein Signal für die Erneuerung der Union. 23 völlig neue Kandidaten bilden mit 22 — bereits landtagsverfahren — Mitstreitern die Mannschaft. Das Durchschnittsalter konnte wesentlich gesenkt werden. Thorsten Geerds hat mit seinen 28 Jahren ebenso dazu beigetragen wie 10 weitere Kandidaten unter 40!

Wenn es um die Gleichstellung der Frau geht, dann gehen wir ohne Quote einen ganz wichtigen Schritt nach vorn: 10 Frauen als Direktkandidatinnen stehen für tatsächliche Gleichstellung — ohne lila Ideologie. Wir haben wesentlich mehr Selbständige und Vertreter der freien Berufe aufgestellt. 7 Landwirte unter ihnen setzen ein Zeichen für unsere Solidarität mit der Landwirtschaft.“

Beharrlich und geduldig

Ein großes Kompliment ist auch den Delegierten zu machen — Hennig formulierte es in seinem Schlußwort — für die Geduld und Beharrlichkeit, mit der sie die vielen Einzelabstimmungen absolviert haben.

Dabei ist es bedauerlich, daß es keine probaten journalistischen Möglichkeiten und Mittel gibt, den wenig hermachenden Vorgang der Listenaufstellung so darzustellen, daß er für die Beispielhaftigkeit ursprünglicher Demokratie auch durchsichtig wird.

Als Spitzenkandidat auf der Landesliste wurde selbstverständlich der Landesvorsitzende Ottfried Hennig bestätigt. Weniger selbstverständlich war das großartige Ergebnis der Wahl: Von 356 abgegebenen Stimmen votierten 327 für ihn mit Ja. Zur Gratulation wurde Hennig eine Leiter geschenkt, die die Leiter zum Erfolg darstellen soll und auf der plakativ auch die guten Aussichten auf Erfolg verzeichnet waren:

Die SPD stürzte von 54,8 Prozent der Wählerstimmen auf 38,5 Prozent am

2. Dezember 1990. Die CDU stieg von 33,3 Prozent bei der letzten Landtagswahl über 36,4 Prozent bei der Europawahl auf 41,3 Prozent bei der Kommunalwahl auf 43,5 Prozent bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl.

Ottfried Hennig: „In Engholms Bilanz gibt es nichts, was diesen eindeutigen Trend in sein Gegenteil verkehren könnte, im Gegenteil: Von da an ging es bergab!“

Wie ein Resümee paßten da die Worte des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, die für das Grußwort an den Landesparteitag formuliert waren: „Mit Ottfried Hennig an der Spitze ist der CDU Schleswig-Holstein ein überzeugender Neuanfang gelungen. Die Partei hat sich personell und programmatisch erneuert, sie zeigt Profil und hat an Glaubwürdigkeit gewonnen. Die CDU ist damit gut gerüstet für den bevorstehenden Wahlkampf.“

Mit stehenden Ovationen und lang anhaltendem rhythmischen Klatschen feierten die Delegierten ihren Landesvorsitzenden, der die Partei dazu aufforderte, Konturen zu zeigen, Kompetenz zu beweisen und Vertrauen zu erwerben: „Dafür haben wir jetzt zehn Monate Zeit vielleicht weniger, in keinem Fall mehr. Das ist eine sehr kurze Zeit, in der jeder Tag kostbar ist. Laßt uns jetzt 300 Tage lang hart arbeiten, laßt uns kämpfen für den gemeinsamen Sieg.“

40 Jahre Sozialismus

Prominentester Gast in Meldorf: Bundesverkehrsminister Günther Krause. Sein Anliegen: einmal mehr Verständnis dafür zu erwecken, wie nachhaltig die Schäden von 40 Jahren Sozialismus wirken — die Unterdrückung des einzelnen und die Unverkäuflichkeit seiner Leistungen:

„Von vier Produkten, die in der alten DDR produziert wurden, waren drei nicht mehr absatzfähig.“

Günther Krause kritisch: Marktwirtschaft — uneingeschränkt ja; aber auch die Erhaltungssubventionen werden registriert, mit denen in den alten Ländern ganze Regionen gefördert werden. Und ebenfalls sind die Wege in guter Erinnerung, die hier noch in den 50er und 60er Jahren gegangen worden sind.

Planungen beschleunigen

Deshalb seine Bitte an die Delegierten: Unterstützen Sie mich, wenn wir in den nächsten Monaten den Weg einer Investitionsmaßnahmengesetzgebung gehen, d. h. den Weg von Beschleunigungsgesetzen für Verkehrswege-Projekte in den neuen Bundesländern.

Krause: Wenn wir nicht ganz schnell die planerischen Vorbereitungen treffen, dann sind die vorhandenen 50 Milliarden Mark Investitionen nicht umzusetzen. Wir dürfen den Menschen in Ostdeutschland das damit verbundene Aufbau-Erlebnis nicht vorenthalten.

Zitat:

Am 16. April 1991 hat Björn Engholm in einem Interview mit dem „Morgen“ über den demokratischen Sozialismus gesagt: „Das ist der modernste Begriff, den es jemals gegeben hat!“ Sozialismus ist also das Ziel des neuen SPD-Vorsitzenden. — Ja, hat er denn immer noch nichts gelernt? Hat dieser Mann die jüngsten Vorlesungen der Zeitgeschichte im Hörsaal der politischen Wirklichkeit verschlafen?

Ottfried Hennig

Solidaritätsbörse „Wir halten zusammen“

Am besten läuft es immer noch über Patenschaften

Viele unserer Interessenten, die sich für einen Einsatz als Helfer in den neuen Bundesländern gemeldet haben, sehen sich leider nicht in der Lage, Reise- und Aufenthaltskosten auf eigene Rechnung zu übernehmen. Herr Georg Schmelzle, Handelsschullehrer in Norden, Ostfriesland, hat zur Finanzierung solcher Kosten einen interessanten Vorschlag gemacht:

Es sollen vermehrt Partnerschaften zwischen Gemeinden gegründet werden. Während nämlich fast alle Städte mindestens eine Partnerschaft haben, gehen die kleineren Gemeinden meist leer aus. Die westlichen Gemeinden könnten solche Projekte, die zur Zeit nicht dringend notwendig sind, zurückstellen und das Geld, das dafür vorgesehen war, in einen Solidaritätsfonds einbringen. Aus diesem Fonds ließen sich die Reise- und Verpflegungskosten der jeweiligen Helfer finanzieren.

Weiter soll aufgerufen werden zur Ausbildungshilfe durch Handwerksmeister: Gesellen, Meistersöhne aus den neuen Bundesländern sollten hier — wenn auch nur eine Woche — mitarbeiten und ihr so erworbenes Wissen mit zurücknehmen. Ähnliches gilt für Lehrerhospitanten: Lehrer aus den neuen Bundesländern

kommen für eine Woche hierher, werden privat aufgenommen, hören beim Unterricht zu oder halten u.U. eine Stunde.

Herr Dr. Böhmer, MdL aus Sachsen-Anhalt, schlägt in jeder Kreisgeschäftsstelle der CDU Beratungssprechstunden vor, wobei es vorrangig um Information und Aufklärung über die vielen Solidarmaßnahmen geht, da darüber häufig Unkenntnis herrscht. Mitarbeiter aus westlichen Patenkreisverbänden könnten sinnvollerweise an solchen Beratungssprechstunden teilnehmen.

Durch freiwillige Spenden von Firmen, Organisationen und Personen, die durch die deutsche Einheit schon persönliche Vorteile erleben können oder deutliche Umsatzsteigerungen ihrer Unternehmen

Wie die Finanzierung von Reise- und Aufenthaltskosten aussehen könnte

ausweisen, könnte ein Solidaritätsfonds „Deutsche Einheit“ eingerichtet werden. Dieser Fonds soll Hilfe für diejenigen leisten, die — nach Ausschöpfung aller offiziellen Sozialmaßnahmen — noch immer unverschuldet persönliche Nachteile haben.

Durch solche Maßnahmen wird nicht nur politische und wirtschaftliche Wiedervereinigungspolitik gestaltet, sondern wir können uns auch der individuellen menschlichen Probleme annehmen.

Wegen der hohen Zahl an Rückübertragungsanträgen herrscht bei allen Grundbuchämtern in den neuen Bundesländern ein absoluter Mangel an Rechtspflegern. Um dieses Nadelöhr für die Investitionen zu öffnen, bitten wir insbesondere alle Mitglieder dieses Berufsstandes um ihre Mithilfe.

Auch wochenweiser Einsatz bedeutet eine große Hilfe!

Materialien für die „Aktion Solidarität“ mit den neuen Ländern

Das abgebildete **DIN-A1-Plakat** ist für die Ausschmückung von Räumen gedacht, in denen Sie Veranstaltungen im Rahmen der „Aktion Solidarität“ planen. Sie können dieses Plakat in kleinen Mengen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: (02 28) 5 44-4 77, solange der Vorrat reicht, bestellen. Mit demselben Motiv gibt es auch **zwei Wandzeitungen** für Ihren Schaukasten.

In unserem **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**, können Sie außerdem sowohl **Rahmenflugblätter** für Ankündigungen zur „Aktion Solidarität“ bestellen als auch **Postkarten**, auf deren Rückseite Interessenten ihre Bereitschaft erklären können, bei der Aktion „Wir halten zusammen“ mitzuarbeiten.

Wir halten ZUSAMMEN

CDU

Gemeinsam bauen wir
die Zukunft Deutschlands

● Rahmenflugblatt DIN A4

Bestell-Nr.: 1418,
500 Exemplare à 18,— DM

● Postkarte DIN A6

Bestell-Nr.: 9413,
100 Exemplare à 12,— DM

Machen
Sie mit:

Solidaritätsbörse (02 28) 54 42 82

Bitte, geben Sie uns
Anregungen für Aktionen
und nennen Sie uns

Namen von Experten, die Beratungen durchführen können. Wir werden diese Namen weitergeben, so daß angebotene und nachgefragte Dienste koordiniert werden können.

Sie können die „Solidaritätsbörse“ unter der Telefonnummer (02 28) 5 44-2 82 erreichen, oder schreiben Sie an die:

● CDU-Bundesgeschäftsstelle, Solidaritätsbörse „Wir halten zusammen“
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Für Umweltaktionen

Im Rahmen der „Aktion Solidarität“ ist auch an Umweltaktionen gedacht. Überlegen Sie gemeinsam mit Ihrem CDU-Partnerverband, wie Sie mithelfen können, daß es auch bald in den neuen Bundesländern bessere Luft, saubere Gewässer und mehr Umweltschutz gibt.

Regen Sie in Ihrem CDU-Partnerverband an, daß dort wie im Westen ein Umweltbeauftragter bestellt wird. Der Umweltbeauftragte Ihres Kreisverbandes steht dem Umweltbeauftragten des CDU-Partnerverbandes mit Rat und Tat zur Seite. Im Westen erprobte Aktionsmodelle können — den örtlichen Verhältnissen angepaßt — als Vorbild dienen.

Für Umweltaktionen bieten wir die im Foto abgebildete Tragetasche aus umweltfreundlicher Naturbaumwolle an.

Bestell-Nr.: 9388

Verpackungseinheit: 25 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 25,— DM
zuzüglich MwSt.



Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold

UID

18/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.